

## Ortsbeirat Kleinlinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte  
Auskunft erteilt: Frau Braungart  
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075  
Telefax: 0641 306-2700  
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 13.02.2013

### **N i e d e r s c h r i f t**

zur 15. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden  
am Mittwoch, dem 23.01.2013,  
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3, Zum Weiher 33,  
35398 Gießen-Kleinlinden.  
Sitzungsdauer: 20:00 - 21:25 Uhr

#### **Anwesend:**

##### **Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:**

Herr Norbert Herlein                      Ortsvorsteher  
Frau Ingrid Kaminski  
Herrn Helmut Volkmann

##### **Ortsbeiratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Prof. Dr. Frieder Lutz  
Frau Claudia Tillmann

##### **Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:**

Frau Anja-Verena Helmchen  
Herr Winfried Wagenbach

##### **Ortsbeiratsmitglieder der FDP-Fraktion:**

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

##### **Vom Magistrat:**

Frau Gerda Weigel-Greilich      Bürgermeisterin                      ab 20:55 Uhr

##### **Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:**

Frau Simone Benz                      Schriftführerin

##### **Entschuldigt:**

Frau Christiane Janetzky-Klein

Ortsvorsteher Herlein eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ortsbeirates am 14.11.2012
4. Bürgerfragestunde
5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
6. Mitteilungen und Anfragen
7. Herrichtung der Fläche und des Feldweges am Bahndamm OBR/1330/2013  
- Antrag des Ortsvorstehers vom 03.01.2013 -
8. Lämmer auf der Betriebsfläche der Schäferei am Hellberg OBR/1331/2013  
- Antrag des Ortsvorstehers vom 03.01.2013 -
9. Einrichtung eines Kreisverkehrs OBR/1332/2013  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.01.2013 -
10. Auffüllungen "Auf dem Brand" OBR/1347/2013  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.01.2013 -
11. Allgemeines Wohngebiet Birkenstrauch OBR/1348/2013  
- Antrag des Ortsvorstehers vom 13.01.2013 -
12. Bericht des Magistrats zu Gelenkbussen der Linie 1 OBR/1349/2013  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.01.2013 -
13. Aufhebung Radverkehr in Gegenrichtung Bergwaldstraße OBR/1350/2013  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.01.2013 -

14. Verschiedenes

**Abwicklung der Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

**1. Eröffnung und Begrüßung**

---

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

**2. Beschlussfassung über die Tagesordnung**

---

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

**3. Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ortsbeirates am 14.11.2012**

---

**Beratungsergebnis:** Einstimmig genehmigt.

**4. Bürgerfragestunde**

---

**Verkehrssituation in Kleinlinden**

**Herr Weigel**, Anwohner der Wetzlarer Straße, kritisiert, dass seit Monaten in der Wetzlarer Straße keine Geschwindigkeitskontrolle erfolgt sei. Es werde in diesem Bereich viel zu schnell gefahren, wodurch insbesondere Schulkinder und alte Menschen gefährdet werden. Er bittet den Ortsbeirat dafür Sorge zu tragen, dass in der Tempo 30 Zone in diesem Bereich verstärkt Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.

**Herr Tröse** erklärt, die gleiche Situation ergebe sich in der Lützellindener Straße. In der Lützellindener Straße komme noch erschwerend hinzu, dass auf beiden Seiten „wild“ geparkt werde.

**Herr Tröse** führt weiter aus, bei dem geplanten Kreisverkehr vor dem Rewemarkt sei es dringend erforderlich, dass aus Fahrtrichtung Allendorf eine Geschwindigkeitsbeschränkung verhängt werde.

Zum wiederholten Male fordert **Herr Tröse** die Freigabe der Einbahnstraße Katzenbach für Radfahrer zurückzunehmen.

## 5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

### **Stand der Entwicklung des Baugebietes Riehlweg/Heerweg, Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2012**

**Herr Dr. Greilich** erklärt, in o. g. Angelegenheit liege bis heute keine Stellungnahme des Magistrats vor. Er erwarte in Kürze eine Antwort!

## 6. Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

## 7. Herrichtung der Fläche und des Feldweges am Bahndamm      OBR/1330/2013 - Antrag des Ortsvorstehers vom 03.01.2013 -

### **Antrag:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass die für Ende 2012 zugesagte Rekultivierung der der Deutschen Bundesbahn bzw. seinen Subunternehmern verpachteten Betriebsfläche (unmittelbar am Bahndamm) sowie die sachgerechte Herrichtung der Feldwege, die zu diesem Gelände hinführen und von den Schwerlastfahrzeugen der Subunternehmen massiv zerstört wurden, noch im Frühjahr dieses Jahres 2013 erfolgen.

Zugleich bittet der Ortsbeirat Kleinlinden um Aufklärung darüber, warum seitens der Stadt Gießen nicht dafür Sorge getragen wurde, dass diese Maßnahmen, wie in 2012 eindeutig vereinbart, in 2012 durchgeführt wurden.“

**Prof. Dr. Lutz** übernimmt den Vorsitz.

**Ortsvorsteher Herlein** verliest den Antragstext.

Von einem der anwesenden Bürger kommt der Hinweis, dass es im Frühjahr in diesem Bereich weitere Baumaßnahmen geben werden.

Der Vorsitzende **Prof. Dr. Lutz** schlägt aufgrund dieser Aussage vor, den Antrag zurückzustellen.

**Frau Helmchen** ist der Auffassung, es sei selbstverständlich, dass die Arbeiten erst dann abgeschlossen werden können, wenn die Witterung es zulasse. Dies sei kein Grund die Vorlage zurückzustellen.

**Ortsvorsteher Herlein** teilt diese Auffassung und übernimmt wieder den Vorsitz.

**Beratungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt.  
(Ja: SPD/CDU/FDP/1 GR, Nein: 1 GR)

**8. Lämmer auf der Betriebsfläche der Schäferei am Hellberg OBR/1331/2013**  
**- Antrag des Ortsvorstehers vom 03.01.2013 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass auf der Betriebsfläche am Hellberg und auf jenen Weiden in Kleinlinden, die nicht mindestens 500 m von bewohnten Gebiet entfernt sind, keine Lämmer in 2013 geboren werden. Zugleich bittet der Ortsbeirat Kleinlinden um Aufklärung darüber, welche Maßnahmen bisher ergriffen wurden,

- um der Schäferei eine Betriebsfläche im Abstand von 500 m zu bewohntem Gebiet im Bereich der Stadt Gießen zu ermöglichen,
- und ob derartigen Maßnahmen zu einem Erfolg geführt haben bzw. absehbar zu einem Erfolg führen?

Sollte eine Umsiedlung der Schäferei nicht möglich gewesen sein, so bittet der Ortsbeirat um eine diesbezügliche Erläuterung der Hintergründe.“

**Herr Prof. Dr. Lutz** übernimmt den Vorsitz.

**Ortsvorsteher Herlein** verliest den Antragstext.

**Herr Prof. Lutz** hält eine Antwort des Magistrats nicht mehr für notwendig, das Herr Ise die Schäferei inzwischen aufgegeben habe.

**Ortsvorsteher Herlein** erklärt, er möchte nach wie vor wissen wie die Stadt mit der Angelegenheit umgegangen sei und ob noch ein Pachtverhältnis mit Herrn Ise bestehe.

Auf Anregung von **Herrn Dr. Greilich** ändert **Ortsvorsteher Herlein** den Antrag wie folgt:

„Der Magistrat wird gebeten, den Ortsbeirat darüber aufzuklären, welche Maßnahmen bisher ergriffen wurden,

- um der Schäferei eine Betriebsfläche im Abstand von 500 m zu bewohntem Gebiet im Bereich der Stadt Gießen zu ermöglichen,
- und ob derartige Maßnahmen zu einem Erfolg geführt haben, bzw. absehbar zu einem Erfolg führen?“

**Herr Herlein** übernimmt erneut den Vorsitz.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig beschlossen.

**9. Einrichtung eines Kreisverkehrs  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.01.2013 -**

**OBR/1332/2013**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass im Kreuzungsbereich der Straßen Allendorfer -/Kleinlindener Straße/Heegweg/Herman-Löns-Straße ein Kreisverkehr eingerichtet wird. Dieser Kreisverkehr sollte anfangs, mittels einfachster Maßnahmen, schnellstmöglich noch in 2013 installiert werden. Letztendlich sollte nach Bewährung dann ein optisch ansehbarer Kreisverkehr, im Zusammenhang mit dem geplanten Kreisverkehr auf der Höhe des neuen Baugebietes in Allendorf, baulich hergestellt werden.“

**Begründung:**

Es gibt eine Vielzahl von Beschwerden von Kleinlindener Bürgern über ein viel zu schnellen und damit zugleich auch Lärm verursachenden Straßenverkehr auf der Allendorfer/Kleinlindener Straße.

Die nun im Heerweg befindlichen neuen Einrichtungen, wie REWE, Pelikan, AWO und in Kürze noch Volksbank lassen diesen Bereich in Bälde zu einem gefährlichen verkehrlichen Knotenpunkt werden. Abhilfe würde hier die Installation eines Kreisverkehrs schaffen. Dieser Kreisverkehr würde automatisch die Geschwindigkeit der Pkws (in beiden Richtungen) reduzieren und das Gefährdungspotential heraneilender PKWs minimieren. Angesichts der Tatsache, dass für den Anschluss des Neubaugebietes in Allendorf ebenfalls ein Kreisverkehr geplant ist, würden sich diese Baumaßnahmen sinnvoll ergänzen und in keiner Weise widersprechen.

**Herr Volkmann** verliest Antragstext und Begründung.

**Herr Dr. Greilich** führt aus, er halte die Einrichtung des Kreisverkehrs auch für wünschenswert. Bedingt durch die Inanspruchnahme des Kommunalen Schutzschilds der Stadt Gießen sehe er in 2013 allerdings keine Mittel für derartige Maßnahmen. Aus diesem Grund habe er Schwierigkeiten dem Antrag zuzustimmen. Er regt an, den Antrag in einen Prüfantrag zu ändern und die Frist 2013 aus dem Text zu streichen.

**Frau Helmchen** schließt sich den Ausführungen von Dr. Greilich an und ergänzt, man solle den Prüfantrag dahingehend konkretisieren, die Frage der finanziellen Machbarkeit zu berücksichtigen. Des weiteren sei sie sich nicht sicher, ob dieses Teilstück überhaupt der Straßenhoheit der Stadt Gießen unterliege, da es sich, zumindest solange das Baugebiet noch nicht erschlossen sei, um eine Landesstraße handele.

Auf Nachfrage von **Herrn Prof. Dr. Lutz** erklärt **Herr Volkmann**, dass er unter „einfachsten Maßnahmen“ z. B. eine Kunststoffhöhung oder Plastikpoller verstehe.

Die antragstellende Fraktion ändert den Antrag wie folgt:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten **zu prüfen und kostenpflichtig zu erfassen, ob** im Kreuzungsbereich der Straßen Allendorfer -/Kleinlindener Straße/Heegweg/Herman-Löns-Straße ein Kreisverkehr eingerichtet **werden kann**. Dieser Kreisverkehr sollte anfangs, mittels einfachster Maßnahmen, schnellstmöglich installiert werden. Letztendlich sollte nach Bewährung dann ein optisch ansehbarer Kreisverkehr, im Zusammenhang mit dem geplanten Kreisverkehr auf der Höhe des neuen Bebauungsgebietes in Allendorf, baulich hergestellt werden.“

**Beratungsergebnis:** Geändert einstimmig beschlossen.

**10. Auffüllungen "Auf dem Brand" OBR/1347/2013**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.01.2013 -**

---

**Antrag:**

„Die folgende Frage sollte auf der nächsten Sitzung beantwortet werden:  
Welches Material wurde auf dem Gebiet zwischen Autobahn und Bergwerkswald aufgefüllt. Ist es sichergestellt, dass das Material ‚Schadstofffrei‘ ist?“

**Herr Volkman** verliest den Antragstext.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig beschlossen.

**11. Allgemeines Wohngebiet Birkenstrauch OBR/1348/2013**  
**- Antrag des Ortsvorstehers vom 13.01.2013 -**

---

**Antrag:**

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat dafür Sorge zu tragen, dass der Bereich Birkenstrauch ‚Ortserweiterung Kleinlinden - Teilbereich Am Allendorfer Weg‘ - der rechtskräftig seit 1979 als allgemeines Wohngebiet (WA) ausgewiesen ist - nicht aus den Planungen für ein allgemeines Wohngebiet heraus gelöst und keine Umwandlung in eine Kleingartenfläche vorgenommen werden.  
Der Magistrat der Stadt Gießen wird vielmehr darum gebeten, diese Fläche schnellstmöglich als Baugebiet für den sozialen Wohnungsbau und Reihenhausbau auszuweisen und zu erschließen.“

**Begründung:**

Unabhängig davon, dass dieses Grundstück teilweise im außerörtlichen, d. h. anbaufreien Bereich der Wetzlarer Straße liegt, bietet sich durch eine Versetzung der gebauten Verkehrsinsel und des Ortseinganges die Möglichkeit, die Erschließung des Grundstückes von der Wetzlarer Straße vorzunehmen. Angesichts dieser Möglichkeit und der Notwendigkeit dringend benötigtes Baugebiet für den sozialen Wohnungsbau in Kleinlinden zu erschließen, erscheint diese Maßnahmen zwingend notwendig.

**Herr Prof. Dr. Lutz** übernimmt den Vorsitz.

**Herr Herlein** verliest Antragstext und Begründung.

**Frau Helmchen** bittet um getrennte Abstimmung der beiden Absätze des Antrages. Wenn Herr Herlein den Antrag in einen Prüfantrag ändern würde, könne Sie dem ersten Absatz zustimmen. Die Vorgabe das Baugebiet für Sozialen Wohnungsbau auszuweisen möchte sie nicht unterstützen. Sie ist der Auffassung, dass die Grundstückseigentümer selbst bestimmen sollten welche Art von Wohnbebauung sie dort errichten.

**Herr Dr. Greilich** spricht sich ebenfalls für getrennte Abstimmung aus. Er vertritt die Auffassung, der Bereich solle Baugebiet bleiben oder werden. Der zweite Absatz solle in einen Prüfantrag umgewandelt werden, auch vor dem Hintergrund dass im Herbst ein Antrag zum Leitbild Sozialer Wohnungsbau von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Diesen Bericht sollte man abwarten. Im Bereich Birkenstrauch gebe es ein großes Grundstück am Ortsausgang Richtung Dutenhofen. Hier halte er es für sinnvoll, die Ansiedlung eines Gewerbebetriebes zu ermöglichen.

**Frau Kaminski** spricht sich dafür aus, nur über den 1. Absatz abzustimmen. Wenn das Gebiet dann tatsächlich Wohngebiet bleibe, könne man sich immer noch Gedanken über die Art der Bebauung machen.

**Herr Herlein** ändert den Antrag wie folgt:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat **zu prüfen, ob** der Bereich Birkenstrauch ‚Ortserweiterung Kleinlinden - Teilbereich Am Allendorfer Weg‘ - der rechtskräftig seit 1979 als allgemeines Wohngebiet (WA) ausgewiesen ist - nicht aus den Planungen für ein allgemeines Wohngebiet heraus gelöst und keine Umwandlung in eine Kleingartenfläche vorgenommen werden kann.“

**Beratungsergebnis:** Geändert einstimmig zugestimmt.

**Herr Herlein** übernimmt wieder den Vorsitz.



**12. Bericht des Magistrats zu Gelenkbussen der Linie 1  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.01.2013 -**

**OBR/1349/2013**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten

1. ob der Magistrat nach dem einstimmigen Beschluss zur unverzüglichen Entfernung der Gelenkbusse der Linie 1 vom 14.11. 2012 (OBR/1183/2012) die Stadtwerke entsprechend kontaktiert hat,
2. warum die Stadtwerke trotzdem noch die Gelenkbusse auf der Linie 1 durch Kleinlinden einsetzen,
3. warum die Stadtwerke nicht zumindest an wenig frequentierten Zeiten abends und am Wochenende auf den Einsatz der Gelenkbusse verzichten können,
4. ob alternativ die Gelenkbusse statt durch Heide und Lützellindener Straße von der Frankfurter Straße über die Allendörfer Straße an die Bushaltstelle Brüder - Grimm - Schule Süd geführt werden können,
5. wer die zu erwartenden Schäden durch die Gelenkbusse an a) Straßen und Gehwegen und b) Häusern in den Straßen Heide und Lützellindener Straße bezahlen wird.“

**Herr Dr. Greilich** verliest den Antragstext.

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** macht folgende Ausführungen, die auf Antrag von Ortsvorsteher Herlein wörtlich protokolliert werden:

„Ich kann im Prinzip die Fragen alle schon beantworten. Das war ja das letzte Mal schon Thema im Ortsbeirat. Es ist einmal so, dass die Gelenkbusse jetzt eingesetzt worden sind, weil wir einfach das erhöhte Fahrgastaufkommen haben durch die Wohnsiedlungen Dulles/Marshallsiedlung. Es ist so, dass dieses erhöhte Fahrgastaufkommen auch bis Kleinlinden geht und es etwa bis 22 Uhr zu verzeichnen ist. Dann war die Frage ob man dann noch tauschen kann, da habe ich nachgefragt und das ist dann logistische einfach nicht mehr möglich, weil da müsste ja noch einmal ein anderer Fahrer kommen mit einem anderen Bus der da hinkommt um zu tauschen. Das ist sozusagen die Erklärung warum die überhaupt eingesetzt worden sind und das ist bis 22 Uhr zu verzeichnen. Es ist nicht so, dass es nur zu den Stoßzeiten ist. Weil in den neuen Siedlungen Dulles und Marshall sehr viele ohne PKW wohnen die den ÖPNV nutzen.

Wir gehen nicht davon aus, dass erhöhte Schäden sind. Wir haben das in anderen Gebieten ja auch. Durch Wiesek, durch die Karl-Benner-Straße und die Grabenstraße das ist sozusagen die gleiche Qualität, das ist das normale.

Wir denken im Zusammenhang mit der Neugestaltung darüber nach, weil es ja

sowieso sehr, sehr knapp ist, abends es so ist, dass in Rödgen 2 Minuten oder so sind für den Wechsel für die Vertaktung, das man im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes eine andere Führung findet, die eine Trennung irgendwo ist. Genauso in der Form wie sie jetzt ist, ist sie eben sehr schwer händelbar, einfach durch die zusätzlichen Wohnräume die da sind. Das ist das was wir machen.

Zur Frage Feuerwehr, da haben wir ja einen Ortstermin gemacht und haben uns das angeguckt. Es ist so, dass die Gelenkbusse, weil sie gar nicht anders fahren können, nicht so weit stehen, das konnte auch nicht mehr abgestritten werden. Das das nicht glücklich ist, wenn die da stehen, weil die ja auch üben. Oder wenn sie parken, dann da herumfahren, das wird überhaupt nicht in Abrede gestellt, was die Feuerwehrezufahrt angeht. Aber es ist durchaus Einsicht auch, dass wir entweder weil sowieso eine andere Führung ist, auch mit Linie 11, ob das überhaupt noch die Endhaltestelle bleibt, dass das erstmal sowieso abgewartet wird und wenn eine Baumaßnahme in Allendorf sein müsste, dass dann erst gegebenenfalls das geändert wird. Weil die Busfahrer bleiben da ja sitzen, die gehen höchstens auf Toilette und das geht schon so in die Richtung, dass selbst wenn es so wäre, könne der Bus weggefahren werden. Also es hat in den 20 Jahren in denen das jetzt so ist, keinen Vorfall gegeben, das die Feuerwehr nicht ausrücken konnte. Das ist kein optimaler Standort, das ist überhaupt nicht in Abrede zu stellen. Aber das ist ja nur ein Randthema, weil es jetzt gerade angesprochen worden ist, wollte ich es gleich mit erwähnen. Also, das ist der Sachstand. Ich möchte bitten dass es einfach so zu Protokoll genommen wird, weil sonst muss ich es diktieren, es muss geschrieben werden und es kommt dann offiziell runter, das ist einfach ein Mehraufwand den wir dann haben. Mehr wird es nicht geben an Informationen wenn es beschlossen wird.“

**Ortsvorsteher Herlein** fragt den Antragsteller, Herrn Dr. Greilich, ob mit dieser Vorgehensweise einverstanden sei, wenn die Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich wörtlich protokolliert werden.

**Herr Dr. Greilich** erklärt, er stimme dem zu. Allerdings betreffe dies nur die Fragen 1 – 3 des Antrages. Auf die Frage 4 und 5 erwarte er eine schriftliche Antwort.

**Herr Dr. Greilich** führt aus, die Aussagen zur Frequentierung der Busse könne er nicht nachvollziehen. Er habe dies zu den verschiedensten Tageszeiten beobachtet, auch am Wochenende und abends. Die Busse seien maximal mit 5 Personen besetzt. Es könne sein, dass die Busse in Bereich Gießen voll seien, aber in Kleinlinden und Allendorf sei dies nicht so.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig beschlossen.

**13. Aufhebung Radverkehr in Gegenrichtung Bergwaldstraße OBR/1350/2013  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.01.2013 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass die Öffnung der Einbahnstraße Bergwaldstraße zwischen Frankfurter Straße und Saarlandstraße für Radverkehr in Gegenrichtung wieder umgehend rückgängig gemacht wird.“

**Begründung:**

Vor ca. 1 ½ Jahren wurde trotz eines gegenteiligen Beschlusses des Ortsbeirates Kleinlinden und trotz zahlreicher Hinweise aus der Bevölkerung bzgl. der daraus resultierenden Gefährdung der Verkehrsteilnehmer vom Magistrat das Befahren der Einbahnstraße Katzenbach zwischen Frankfurter Straße und Zum Maiplatz in Gegenrichtung erlaubt.

Seit dieser Zeit ist es wiederholt zu Beinahe - Unfällen an der Einmündung der Frankfurter Straße in die Katzenbach gekommen, bei denen mit Sicherheit insbesondere die Radfahrer schwere Verletzungen hätten davontragen können. Umso entsetzter musste der Leser der örtlichen Presse Ende 2012 feststellen, dass die Stadt nun tatsächlich auch die Bergwaldstraße zwischen Frankfurter Straße und Saarlandstraße für den Radverkehr auch in der Gegenrichtung freigegeben hat.

Eine Unterrichtung der Mitglieder des Ortsbeirates durch den Magistrat ist bis zum heutigen Tage leider nicht erfolgt.

Als Begründung war der Presse u. a. zu entnehmen, dass an dieser Stelle ein gefahrloser Begegnungsverkehr zwischen bergauf fahrenden Radfahrern und bergab fahrenden Lkw möglich sei. Wer sich die Situation vor Ort ein einziges Mal betrachtet hat, wird nachvollziehen können, dass diese Argumentation nicht stimmt und bei Belassen der jetzigen Regelung Unfälle mit Personenschäden somit programmiert sind.

Um dies zu verhindern und weil auch z.B. für Radfahrer eine gefahrlose und steigungsfreie Alternative via Waldweide/Friedhofsweg und Saarlandstraße besteht, um das gleiche Fahrziel zu erreichen, bittet die FDP - Fraktion um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Herr Dr. Greilich** verliest Antragstext und Begründung.

**Bürgermeisterin Weigel Greilich** erklärt, die Stadt sei rechtlich verpflichtet, Einbahnstraßen für den Radverkehr zu öffnen. Dies werde jetzt sukzessive im ganzen Stadtgebiet umgesetzt.

Die Ortsbeiratsmitglieder **Wagenbach** und **Prof. Dr. Lutz** äußern ihr Unverständnis darüber, dass hier alle Einbahnstraßen gleich behandelt werden, ohne Rücksicht auf die jeweilige Straßensituation.

**Frau Helmchen** vertritt die Auffassung, die Stadt handle zwar auf Grundlage eines geltenden Gesetzes, aber Gesetze seien durchaus auslegungsfähig. Es könne trotzdem im Einzelfall geprüft werden, ob das Gesetz aus Sicherheitsgründen nicht umgesetzt werde.

**Herr Dr. Greilich betont**, es müsse in erster Linie um den Schutz der Radfahrer gehen. Ein gefahrloser Begegnungsverkehr sei in der Katzenbach nicht möglich. Er vertritt die Auffassung, die Stadt könne in solchen Fällen durchaus ein Verfahren riskieren.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.  
(Ja: SPD/CDU/FDP/1GR, StE: 1 GR)

#### 14. Verschiedenes

---

- **Geschwindigkeitsbegrenzung Allendorfer Straße**

Im Nachgang zu Top 9 teilt **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** mit, auf Grund der schlechten Sicht für Linksabbieger aus dem Heerweg Richtung Allendorf kommend, werde sich der Magistrat bemühen, ein Tempolimit von 50 km/h in diesem Bereich der Allendorfer Straße durchzusetzen. Gegenwärtig sei dort eine Geschwindigkeit von 70 km/h erlaubt.

- **Brüder-Grimm-Schule**

**Herr Prof. Dr. Lutz** teilt mit, sowohl Schulelternbeirat als auch Schulleitung der Brüder-Grimm-Schule beklagen, dass sie zur letzten Sitzung des Ortsbeirates nicht eingeladen wurden. (Neuregelung Bushaltestelle und Elternbringdienst an der Brüder-Grimm-Schule; Antrag der FDP-Fraktion vom 24.10.2012, OBR/1183/2012)

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Mittwoch, 20.02.2013, um 20:00 Uhr, statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 11.02.2013, 8:00 Uhr.

**DER ORTSVORSTEHER:**

(gez.) Herlein

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) Benz